

Frankreich

Joachim Schild

Nach einer Zusammenfassung seiner Vision für das Frankreich in zehn Jahren in drei Schlüsselbegriffen gefragt, nannte der französische Staatspräsident François Hollande die Souveränität an erster Stelle (vor „Exzellenz“ und gesellschaftlicher „Einheit“).¹ Auch Finanzminister Pierre Moscovici bediente sich mehrmals eines Souveränitätsdiskurses, als er in einem Interview auf die Notwendigkeit einer „Rückeroberung“ von Souveränität verwies² oder mit seinem Haushaltsminister Bernard Cazeneuve zusammen in Bezug auf das Haushaltsgesetz 2014 davon sprach, dass Frankreich seine „budgetäre Souveränität“ wiedergefunden habe, „das heißt seine Freiheit, Entscheidungen zu treffen, die es auf seine Zukunft vorbereiten“.³ Auch nach außen hin wurde die französische Souveränität, insbesondere die wirtschafts- und sozialpolitische, vehement verteidigt. Als die EU-Kommission in ihrer Ende Mai 2013 veröffentlichten Empfehlung an Frankreich zur Reduzierung der öffentlichen Defizite mit konkreten Forderungen unter anderem auf eine nachhaltige Reform der Rentenversicherung zum Abbau der absehbar steigenden Defizite drang,⁴ stellte Staatspräsident Hollande klar, dass „die EU-Kommission uns nicht diktieren kann, was wir zu tun haben“.⁵

Dieser wiederbelebte Souveränitätsdiskurs ist Ausdruck einer aus der Defensive agierenden französischen Europapolitik. Hohe Haushaltsdefizite und ein wachsender Gesamtschuldenstand, eine seit rund zehn Jahren zunehmend erodierende Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft und der im Ausland entstandene Eindruck, dass der neue (wie der alte) Staatspräsident den Mut zu einer grundlegenden Erneuerung des französischen Wirtschafts- und Sozialmodells vermissen lässt, haben den französischen Einfluss auf die europäische Politik zunehmend unterminiert. Die materielle und machtpolitische Asymmetrie zum deutschen Partner ist gewachsen. Die Wiedergewinnung einer Führungsrolle und Gestaltungsfähigkeit Frankreichs wird in der Amtszeit Hollandes nur um den Preis tiefgreifender Wirtschafts- und Sozialreformen und insbesondere einer nachhaltigen Stärkung der Wettbewerbsposition zu verwirklichen sein. Angesichts wachsender politischer Erfolge von Links- und vor allem von Rechtspopulisten des Front national, von permanenten Spannungen in der Regierungskoalition zwischen Sozialisten und Grünen und von innerparteilichen Konflikten in der Sozialistischen Partei über die „sozialdemokratische“ Linie der Regierung Ayrault in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik ist die innenpolitische Machtbasis für eine ambitionierte Reformpolitik allerdings derzeit schwer erkennbar.

1 Vgl. sein Interview mit *Le Monde*, 31.8.2013. Alle Übersetzungen aus französischen Quellen stammen vom Autor.

2 Vgl. das Interview Moscovicis mit *Le Monde*, 26.9.2013.

3 Vgl. ihr Vorwort zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2014.

4 Vgl. Europäische Kommission: Empfehlung für eine Empfehlung des Rates mit dem Ziel, das übermäßige öffentliche Defizit in Frankreich zu beenden, Brüssel, 29.5.2013, COM(2013) 384 final.

5 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: „Böse Worte in Richtung Brüssel“, 4.6.2013.

Frankreich wird damit zu einem unbequemen Partner in der Europapolitik. Eine Rolle als Bremser und Besitzstandswahrer nahmen Staatspräsident Hollande und die Ayrault-Regierung im Rahmen der Verhandlungen über den mittelfristigen Finanzrahmen der EU ebenso ein wie im Kontext der EU-internen Vorbereitung und Mandatsformulierung vor Beginn der transatlantischen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA. Und dort, wo Frankreich Initiativen ergriff, wie etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik, fand es sich bisweilen alleine wieder, wie im Syrienkonflikt, oder erhielt von den EU-Partnern nur politische, aber kaum militärische Unterstützung, wie im Falle der Mali-Intervention. Allerdings ist das Bemühen erkennbar, im Kontext der Bewältigung der Eurozonenkrise und der Reform ihrer Governance-Strukturen die enge Partnerschaft mit Deutschland und ein mit Berlin eng koordiniertes Vorgehen wiederzubeleben, um in der EU eine proaktive Rolle übernehmen zu können. Davon legt die erste substantielle deutsch-französische Erklärung seit Beginn der Amtszeit Hollandes zu diesem Themenkomplex von Ende Mai 2013 Zeugnis ab.

Deutsch-französische Beziehungen

Der 50. Jahrestag des Elysée-Vertrages am 22.1.2013 hatte – im Gegensatz zum 25. und 40. Vertragsjubiläum von 1988 und 2003 – keine größeren bilateralen Initiativen oder Neuerungen in den deutsch-französischen Institutionen der Regierungszusammenarbeit hervorgebracht. Zu groß waren insbesondere die konzeptionellen Unterschiede im Umgang mit dem Kernproblem europäischer Politik, der europäischen Staatsschulden- und Bankenkrise. Nur wenige Wochen nach den Feierlichkeiten zum Elysée-Vertragsjubiläum sprach Staatspräsident Hollande in einem Fernsehinterview mit France 2 am 28. März 2013 von „freundschaftlichen Spannungen“ mit Deutschland. Diese Äußerung ermunterte eine Reihe hochrangiger PS-Politiker, so etwa Parlamentspräsident Claude Bartolone und Industrieminister Arnaud Montebourg, zu deutlich schärfer formulierter Kritik an Deutschland.⁶ Bartolone erwog eine Politik der Konfrontation mit dem deutschen Nachbarn und erhob den Vorwurf, dass Deutschland durch die von ihm verfolgte Austeritätspolitik „seine Klienten ruiniere“.⁷

Dabei handelt es sich keineswegs um eine Einzelstimme. Die Präsidentenpartei PS brachte ihre kritisch-distanzierte Haltung zu Deutschland im Entwurf eines Parteibeschlusses anlässlich eines Parteikonvents zu Europathemen im Juni 2013 zum Ausdruck, wo von dem „unnachgiebigen Egoismus von Angela Merkel“ die Rede war. Nachdem sich Premierminister Ayrault und Außenminister Fabius distanziert hatten, wurde der Wortlaut der Kritik entschärft.⁸ Diese kritisch-distanzierten Töne gegenüber Deutschland sind zum einen Ausdruck eines wachsenden Unbehagens angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Asymmetrie zwischen Deutschland und Frankreich und deren Folgen für die Machtstellung Frankreichs innerhalb der Europäischen Union. Die PS-Kritik an der Berliner Europapolitik, insbesondere an deren „Austeritätskurs“, zielt zum anderen gegen den Kurs des eigenen Präsidenten und seiner Regierung. So lassen sich zunehmende Risse in der

6 Vgl. *Le Monde*: „Les socialistes français se déchirent sur l'Allemagne“, 30.4.2013.

7 Vgl. sein Interview mit *Le Monde*, 26.4.2013.

8 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: „Hollandes Partei wirft Merkel Egoismus vor“. In der endgültigen Fassung des Textes wurde daraus eine „liberale Unnachgiebigkeit der deutschen Rechten“, vgl. *L'hebdo des socialistes*, No 694-695 (numéro spécial): *Convention nationale Notre Europe*, Mai 2013, S. 13.

bisher parteiübergreifend in den Mainstreamparteien der gemäßigten Linken und Rechten geteilten Überzeugung erkennen, dass Frankreich seine Interessen in der EU am besten gemeinsam und in enger Abstimmung mit Deutschland, nicht aber in einem Konkurrenzverhältnis zu Deutschland einbringen und verfolgen kann.

Die Politik des Präsidenten weist aber in eine andere Richtung. Zwar definiert er Frankreichs Rolle in der EU nach wie vor als diejenige eines Bindeglieds zwischen den nördlichen und südlichen EU-Staaten, allerdings mit einer Akzentverschiebung: Diese Rolle werde im „unverzichtbaren Rahmen (...) des deutsch-französischen Paares“ gespielt und soll damit den deutsch-französischen Bilateralismus in der Europapolitik keineswegs ersetzen.⁹ Dass dies nicht nur Rhetorik, sondern praktizierte Politik ist, kam in der gemeinsamen deutsch-französischen Erklärung vom 30.5.2013 „für ein gestärktes Europa der Stabilität und des Wachstums“ zum Ausdruck.¹⁰ Dies war die erste eng abgestimmte Positionsbestimmung und Kompromissbildung mit Deutschland im Vorfeld eines wichtigen Europäischen Rattreffens seit Amtsantritt Hollandes. Sie kann als Versuch gewertet werden, durch eine Erneuerung der unter Vorgänger Sarkozy betriebenen engen bilateralen Abstimmung die europapolitische Initiative zurückzugewinnen und gleichzeitig von Deutschland gewichtige Zugeständnisse zu erhalten, was in diesem Fall durchaus gelungen ist. So räumte die Bundeskanzlerin deutsche Positionen, die zuvor von Finanzminister Schäuble unnachgiebig vertreten worden waren.

Eine Koordinierung deutsch-französischer Positionen war auch im unmittelbaren Vorfeld der entscheidenden Gipfelverhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union für die Periode 2014-2020 zu beobachten. Die Festlegung der Gesamthöhe der Zahlungsverpflichtungen für die Gesamtlaufzeit des Finanzrahmens in Höhe von 960 Mrd. Euro beruhte Presseberichten zufolge auf einer Absprache zwischen Hollande und Merkel am Vorabend des entscheidenden Gipfeltages. Beide Länder fanden sich zu einer Art defensiver Koalition zusammen, um einerseits die Zahlungen an französische Landwirte und andererseits Strukturfondsmittel für die neuen Bundesländer vor Kürzungen zu bewahren.¹¹ Frankreich hatte vorab schon eine rote Linie gezogen, indem es seine Zustimmung zum Gesamtpaket von einer Stabilisierung der Höhe der Agrarausgaben auf ihrem bisherigen Niveau abhängig machte.¹² Allerdings wurde der Gesamtverlauf der Verhandlungen und das auf eine reale Absenkung der Ausgabenobergrenzen der Union hinauslaufende Ergebnis in Frankreich vielfach als Ausdruck einer deutsch-britischen „Sparkoalition“ bewertet und kritisiert.¹³

Ihre Grenzen fand die deutsch-französische Abstimmung in einer wichtigen EU-Personalfrage. So erhielt Wolfgang Schäuble keine Unterstützung aus Paris als möglicher Kandidat für die Nachfolge Jean-Claude Junckers als Präsident der Eurogruppe.

9 Vgl. seine Pressekonferenz vom 16.5.2013 im Elysée-Palast.

10 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2013: Frankreich und Deutschland – Gemeinsam für ein gestärktes Europa der Stabilität und des Wachstums, 30.5.2013.

11 Vgl. Le Monde: „Les Vingt-Sept s'accordent sur les grandes lignes d'un budget d'austérité“, 9.2.2013.

12 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Harte Fronten im EU-Finanzstreit“, 1.11.2012.

13 Vgl. Le Monde: „Le budget européen négocié par Paris est critiqué à droite et sème le trouble à gauche“, 14.2.2013.

Europäische Staatsschulden- und Bankenkrise

Der französische Umgang mit der europäischen Staatsschulden- und Bankenkrise ist von weitgehender Kontinuität geprägt. Präsident Hollande erneuerte Vorschläge zu einer Vergemeinschaftung von Risiken und Haftung für Staatsschulden und unterstützte die EZB-Ankündigung zum Aufkauf von Staatsanleihen von Krisenländern auf Sekundärmärkten (Outright Monetary Transaction-Programm) vom August 2012, das hart an (wenn nicht jenseits) der Grenze zur vertragsrechtlich verbotenen monetären Staatsfinanzierung durch die Notenbank liegt.¹⁴ Auch plädierte er wiederholt für eine europäische Wachstumspolitik und forderte mit Blick auf Deutschland eine Stimulierung der Binnennachfrage durch Lohnerhöhungen und Abgabensenkungen als Ausdruck europäischer Solidarität.¹⁵

Die Ratifizierung des so genannten „Fiskalpakts“ (Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion) im Oktober 2012 stieß auf erhebliche Widerstände auf dem linken Flügel der sozialistischen Partei (PS) und von Seiten des grünen Koalitionspartners. Die Senatorin Marie-Noëlle Lienemann, eine prominente Vertreterin der PS-Linken, warnte vor einer „Austerität auf allen Ebenen“ und davor, dass eine französische Zustimmung „die deutsche Vision von Europa festigen“ würde.¹⁶ So gab es im Senat und in der Nationalversammlung eine Reihe von Gegenstimmen aus dem Mehrheitslager, die aber dank der Unterstützung seitens der Opposition die Ratifizierung nicht gefährdeten.

Der „Fiskalpakt“ brachte eine institutionelle Neuerung in Frankreich mit sich, die Einrichtung eines unabhängigen „Hohen Rates der Öffentlichen Finanzen“ (*Haut Conseil des Finances Publiques*), der beim Rechnungshof angesiedelt ist und dessen Präsident derjenige des Rechnungshofes ist. Er soll unter anderem die in der Vergangenheit notorisch zu optimistischen Wachstumsannahmen prüfen, die dem Haushaltsentwurf der Regierung zu Grunde liegen, und die Einhaltung der selbstgesetzten Zielvorgaben überwachen. Durchgriffsrechte gegen eine nicht-regelkonforme Haushaltspolitik der Regierung besitzt diese neue Kontrollinstanz jedoch nicht.

Institutionelle Reformpläne zum Umbau der Eurozonen-Governance stoßen nach wie vor auf Vorbehalte in Frankreich, zumindest soweit sie Vertragsänderungen implizieren. Inhalte sollten Vorrang haben vor institutionellen Reformen, so ließe sich der französische Ansatz beschreiben.¹⁷ Präsident Hollande brachte den französischen Ansatz auf die Formel, dass die „politische Union nach der Haushalts-, Banken- und Sozialunion kommen“ könne und der „solidarischen Integration einen demokratischen Rahmen geben“ werde, wobei die von ihm geforderte „Haushaltsunion“ auf eine Vergemeinschaftung von Schulden abzielt.¹⁸ Die Idee eines europäischen „Superkommissars“ mit Durchgriffsrechten auf die nationale Haushaltspolitik, wie sie von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble ins Spiel gebracht wurde, stößt in Paris aufgrund von Souveränitätsvorbehalten auf Ablehnung.¹⁹

14 Vgl. Handelsblatt-online: „Hollande schlägt sich auf Draghis Seite“, 30.8.2012.

15 Vgl. sein Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 18.10.2012.

16 Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Ayrault wirbt für Fiskalpakt“, 4.9.2012.

17 Vgl. Christian Lequesne: A New Socialist President in the Elysée: Continuity and Change in French EU Politics. In: Journal of Common Market Studies, Volume 51 (2013) Annual Review, S. 42-54.

18 Vgl. sein Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 18.10.2012.

Für einen konkreten, wenn auch nicht gänzlich neuen Vorschlag für institutionelle Reformen machte sich Frankreich gleichwohl stark. Hollande forderte in seiner Pressekonferenz vom 16. Mai 2013 einen Vollzeitpräsidenten der Eurogruppe, die als „Wirtschaftsregierung“ monatlich auf Chefebene tagen solle und erhielt hierfür die Unterstützung seitens der Bundesregierung in der wenig später veröffentlichten gemeinsamen deutsch-französischen Erklärung – ein französischer Teilerfolg dank eines durchaus bemerkenswerten Positionswandels auf deutscher Seite. Dieser „Wirtschaftsregierung“ soll nach französischer Lesart die Aufgabe zufallen, die wesentlichen wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Mitgliedstaaten zu erörtern, auf eine Steuerharmonisierung hinzuwirken und eine Konvergenz von Sozialschutzstandards, orientiert an einem hohen Schutzniveau, voranzutreiben und Steuerbetrug zu bekämpfen.²⁰ Dieser gewünschte Ausbau einer „Wirtschaftsregierung“ der Eurozone ist Kernbestandteil einer Strategie, die die Eurozone durch vertiefte Integration zum harten Kern der Europäischen Union ausbauen möchte.²¹

Ein weiterer französischer Teilerfolg ist darin zu sehen, dass Paris die Unterstützung der Bundesregierung für die Einrichtung eines europäischen Abwicklungsgremiums für Banken, das mit nationalen Abwicklungsbehörden kooperieren soll, erhielt – und dies auf der Grundlage der geltenden Verträge. Finanzminister Wolfgang Schäuble hatte zuvor stets eine Vertragsänderung zur Schaffung einer soliden Rechtsgrundlage für diese institutionelle Neuerung und Souveränitätsübertragung zur Voraussetzung erklärt.

In ihrem gemeinsamen Papier befürworteten beide Länder die Schaffung eines „spezi-fischen Fonds für die Eurozone“, der unter vertraglich zwischen einem Mitgliedstaat und der Europäischen Union fixierten Bedingungen finanzielle Anreize für eine nationale Reformpolitik liefern soll. Dies entspricht der von Deutschland verfochtenen Vorstellung über eine gesonderte Haushaltskapazität für die Eurozone. Frankreich hatte zuvor die Idee eines Eurozonenbudgets ins Spiel gebracht, das eine makroökonomische Stabilisierungsfunktion im Falle asymmetrischer Schocks erfüllen könnte, etwa durch eine europäische Komponente der Arbeitslosenversicherung.²² Für diese Position konnte Paris offenbar keine Unterstützung in Berlin finden.

Frankreich mahnte in Bezug auf die Schritte zum Aufbau einer Bankenunion stets zur Eile, insbesondere in Bezug auf den Aufbau europäischer Aufsichtsstrukturen, die von der Bundesregierung zur Voraussetzung für die Möglichkeit der Rekapitalisierung von Banken mit Mitteln des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) gemacht wurden. So wollte Hollande die rechtlichen Grundlagen für den Aufbau schon bis Ende des Jahres 2012 gelegt sehen, was jedoch nicht realisierbar war und sich bis in den September 2013 hinzog. Auch musste Frankreich dem deutschen Partner das Zugeständnis machen, dass nicht die Gesamtheit der Banken einer europäischen Aufsicht unterworfen werden, sondern lediglich Großbanken, deren Bilanzsumme 30 Mrd. Euro oder 20 Prozent des BIP übersteigt, sowie die drei größten Banken des jeweiligen Landes.

19 Vgl. *Le Monde*: „A Bruxelles, M. Hollande et Mme Merkel s'accordent sur un compromis a minima“, 20.10.2012; siehe auch *Le Monde*: „Europe: union bancaire, pas politique“, 14.12.2012.

20 So Präsident Hollande in seiner Pressekonferenz im Elysée-Palast vom 16.5.2013.

21 Vgl. das Interview von Staatspräsident Hollande im *Nouvel Observateur*, 10.10.2013.

22 Vgl. *Le Monde*: „La lutte pour la survie de la zone euro met à mal la cohésion des vingt-sept Etats membres de l'Union“, 14.-15.10.2012.

Ein offensives, proaktives Element in der Eurozonenpolitik Frankreichs ist in seinem neuerlichen Eintreten für eine alte französische Forderung zu sehen, nämlich eine aktive europäische Wechselkurspolitik zu verfolgen, um „irrationale Bewegungen“ des Euro zu verhindern.²³ Paris kann hierfür aber weder Unterstützung der EZB, noch die des deutschen Partners erwarten, da die Zentralbank wenig Möglichkeiten hat, eine aktive Wechselkurspolitik nach außen zu betreiben, ohne damit in Konflikt mit dem vertragsrechtlich fixierten geldpolitischen Ziel der Inflationsbekämpfung zu geraten, die ihre Hauptaufgabe ist.

EU-Außenbeziehungen

Die EU-Außenbeziehungen bilden einen Handlungsbereich, in dem der relative Wettbewerbsfähigkeitsverlust des Landes (noch) keine dem Feld der Wirtschafts- und Währungspolitik vergleichbare Schwächung der französischen Position innerhalb der Europäischen Union zur Folge hatte.

Ein defensiver Ansatz war jedoch in der Außenhandelspolitik zu beobachten. In Bezug auf das mit Abstand wichtigste Projekt bilateraler Handelspolitik der Europäischen Union, eine „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ mit den USA, spielte Frankreich eine Bremsenrolle und definierte sehr früh in der EU-internen Verhandlungsvorbereitungsphase rote Linien in Bezug auf die Ausklammerung von kulturellen Gütern und Bewahrung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Ministerpräsident Ayrault drohte am 12. Juni 2013 vor der Nationalversammlung offen mit einem französischen Veto, um die Einbeziehung der französischen Filmindustrie und digitaler audiovisueller Medien in die Verhandlungen zu verhindern.²⁴ Der Kulturministerin Aurélie Filippetti gelang es, eine Unterstützerkoalition für die französische Position innerhalb der EU aufzubauen. 13 Kulturminister anderer Mitgliedstaaten, darunter der deutsche Staatsminister für Kultur und Medien Bernd Neumann, folgten ihrer Einladung zur Veröffentlichung eines gemeinsamen Briefes an die Ratspräsidentschaft zur Verteidigung der „kulturellen Ausnahme“.²⁵ Auch das Europäische Parlament reihte sich in diese Koalition ein.²⁶ So gelang es Frankreich, gegen Widerstände der Kommission, Deutschlands und Großbritanniens, diese Verteidigung der „kulturellen Ausnahme“ zur gemeinsamen Position der Europäischen Union zu machen.²⁷ Gleichzeitig ist Frankreich aber an einer Öffnung von US-amerikanischen öffentlichen Ausschreibungen für europäische Firmen und an der Öffnung des Dienstleistungssektors interessiert und stand der Aufnahme von Verhandlungen keineswegs ablehnend gegenüber.²⁸

In der Außen- und Sicherheitspolitik handelte Frankreich in wichtigen Fällen auf der Basis einer allenfalls begrenzten Abstimmung mit den europäischen Partnern. Dies gilt sowohl für seine Mali-Militärintervention als auch für seine Syrienpolitik. Im Falle Syriens preschte Paris im November 2012 in der Frage der Anerkennung der Syrischen Nationalen Koalition von Oppositionsgruppen als legitime Vertretung des syrischen Volkes vor.

23 Vgl. die Rede François Hollandes vor dem Europäischen Parlament vom 5.2.2013.

24 Vgl. Handelsblatt.com: „Frankreich könnte Freihandelsabkommen blockieren“, 13.6.2013.

25 Der gemeinsame Brief ist dokumentiert unter: <http://www.culturecommunication.gouv.fr/content/download/67251/515586/file/130513%20-%20lettre%20sign%C3%A9e.pdf>.

26 Vgl. Le Monde: „Exception culturelle : les eurodéputés appuient Paris et désavouent Bruxelles“, 25.5.2013.

27 Vgl. Le Monde: „Paris impose l'exception culturelle à Bruxelles“, 16.-17.6.2013.

28 Vgl. Le Monde: „Accord de libre-échange avec Washington: Berlin enthousiaste, Paris réservé“, 15.2.2013.

Frankreich machte sich als erster EU-Mitgliedstaat für eine Bewaffnung der syrischen Opposition stark. Gemeinsam mit Großbritannien setzte es sich für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen beide Bürgerkriegsparteien ein, um die militärische Lage durch Waffenlieferungen an die Oppositionskräfte zu verändern. Je länger der Konflikt andauerte und je stärker innerhalb der Oppositionsreihen das Gewicht islamistischer Gruppen wurde, desto mehr zögerte Paris allerdings, tatsächlich Waffen an die Opposition zu liefern, aus Angst, dass diese in die falschen Hände geraten könnten.

In seiner Reaktion auf den Giftgaswaffeneinsatz des Assad-Regimes gegen die eigene Bevölkerung drang Staatspräsident Hollande auf rasches Handeln und zeigte die Bereitschaft zu gezielten militärischen Schlägen. Aufgrund des innenpolitisch bedingten Kurswechsels der Cameron-Regierung in der Syrienpolitik nach einer Abstimmungsniederlage im britischen Unterhaus fand sich Frankreich im Kreise der großen EU-Mitgliedstaaten alleine wieder, als es darum ging, durch die Androhung und eventuelle Durchführung von gezielten Militärschlägen gegen das syrische Regime und Militär den Völkerrechtsnormen zum Verbot des Einsatzes von Chemiewaffen Nachdruck zu verleihen und Syrien für die Überschreitung einer roten Linie militärisch zu sanktionieren. Die Entscheidung der Obama-Administration, den Kongress zu befragen, vertiefte die französische Isolierung. Das überraschende, von Russland geschickt aufgegriffene US-Angebot, auf Militärschläge vorerst zu verzichten, wenn ein Prozess der kontrollierten Zerstörung des syrischen Chemiewaffenarsenals in Gang kommt, vertagte die amerikanische – und damit auch die französische – Entscheidung über Militärschläge.

Rasches und entschiedenes Handeln zeigte Paris mit dem Start seiner Militärintervention in Mali im Januar 2013 (Operation Serval).²⁹ Dieses unilaterale französische Vorgehen ist aber nicht als Ausdruck einer „*Françafrique*“-Politik oder eines erneuerten Strebens nach einer französischen „*chasse gardée*“ im frankophonen Schwarzafrika zu werten. Zum einen verfolgte die Militäraktion das kollektive Ziel der Staatengemeinschaft und der EU, die Ausbreitung terroristischer Kräfte in der Sahelzone zu verhindern. Zum anderen wurde für diese Militäraktion die nachträgliche Unterstützung seitens der Europäischen Union eingeholt. Eine Befassung der europäischen Institutionen mit der Entwicklung in Mali wäre aufgrund des raschen Vormarsches der Islamisten in Richtung Süden gewiss zu langwierig gewesen, um die Einnahme der Hauptstadt Bamako und eine Machtübernahme der Rebellen zu verhindern. Zudem „europäisierte“ Frankreich diese Intervention insofern, als es einen Beschluss zu einer EU-Ausbildungsmission für malische Truppen herbeiführte. Schon vor seinem militärischen Eingreifen hatte Frankreich versucht, eine solche Mission der EU zur Ausbildung der Streitkräfte Malis auf den Weg zu bringen.³⁰

Die Ambitionen französischer Sicherheits- und Krisenmanagementpolitik werden durch zwei Faktoren begrenzt: die Verfügbarkeit von militärischen Ressourcen und von europäischen Partnern. Ein sinkender Anteil des Verteidigungshaushalts am Gesamtbudget und schmerzhaftes Einschnitte im Rahmen der Vorbereitung des militärischen Programmgesetzes (2014-2019) verringern die Ressourcen zur materiellen Unterfütterung von europäischen Führungsansprüchen auf diesem Gebiet. Was die Verfügbarkeit von Partnern

29 Vgl. hierzu: Michel Goya: La guerre de trois mois, l'intervention française au Mali en perspectives. In: *Politique étrangère*, 78 (été 2013) 2, S. 157-168.

30 Vgl. *Le Monde*: „La France veut ‚européaniser‘ son effort au Mali“, 3.10.2012.

anbelangt, hatte sich Präsident Sarkozy in seiner Amtszeit um eine verstärkte bilaterale Kooperation mit Großbritannien als Ergänzung bzw. Ersatz für die fehlende Entwicklungsdynamik der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) bemüht. Allerdings wuchsen in Paris die Zweifel, ob Großbritannien als Partner für eine aktive europäische Außen- und Sicherheitspolitik in dem gewünschten Maße zur Verfügung steht. Auch in Großbritannien sinkt das Verteidigungsbudget aufgrund haushaltspolitischer Sparzwänge, und die Cameron-Regierung lässt derzeit wenig Ambitionen erkennen, eine gemeinsame Führungsrolle mit Frankreich in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu übernehmen – weder im GSVP-Rahmen noch bilateral.

Auch im außen- und sicherheitspolitischen Establishment Frankreichs erwogene alternative Optionen einer Gruppenbildung zur Dynamisierung europäischer Sicherheitspolitik erscheinen derzeit wenig erfolgversprechend. Dies gilt etwa für den Ausbau der sicherheitspolitischen Kooperation im Rahmen des deutsch-französisch-polnischen „Weimarer Dreiecks“, eventuell erweitert um zusätzliche EU-Partner.³¹ Zwar fand im März 2013 ein Treffen der sechs Staats- und Regierungschefs der Visegrad-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn) und des Weimarer Dreiecks (Frankreich, Deutschland, Polen) statt, bei dem die Schaffung eines permanenten militärischen Hauptquartiers sowie die gemeinsame Nutzung militärischer Ressourcen ins Auge gefasst und die Aufstellung einer gemeinsamen Kampfeinheit bis 2016 beschlossen wurde. Die zunehmende Unterfinanzierung der Bundeswehr und die fehlende Bereitschaft der Bundesrepublik zum aktiven Engagement im Rahmen riskanter militärischer Interventionen (Libyen, Syrien, Mali) setzen bisherigen Bemühungen zur Nutzung des Weimarer Dreiecks, auch ergänzt um die Visegrad-Staaten, klare Grenzen.³²

Bewegung ist in die französische Haltung zum türkischen EU-Beitritts-gesuch gekommen, indem Paris seine Blockade der Eröffnung des Verhandlungskapitels zu Regionalpolitik im Februar 2013 aufgab. Weitere vier der bisher fünf vom früheren Präsidenten Sarkozy blockierten Verhandlungskapitel (Gemeinsame Agrarpolitik, Wirtschafts- und Währungspolitik, Institutionen, Finanzen/Haushalt) bleiben allerdings weiterhin geschlossen, so dass keineswegs von einer Kehrtwende der französischen Haltung zur Türkei-erweiterung gesprochen werden kann.³³

Weiterführende Literatur

Jérôme Fourquet: Les Français et l'Europe, un rapport ambivalent, in: *Commentaire* 36 (printemps 2013) 141, S. 35-39.

Michel Goya: La guerre de trois mois, l'intervention française au Mali en perspectives, in: *Politique étrangère*, 78 (été 2013) 2, S. 157-168.

Christian Lequesne: A New Socialist President in the Elysée: Continuity and Change in French EU Politics. In: *Journal of Common Market Studies*, Volume 51 Annual Review, 2013, S. 42-54.

31 Vgl. Cornelius Adebahr: The Comprehensive Approach to Crisis Management in a Concerted Weimar Effort, *Genshagener Papiere*, Nr. 6, März 2011, http://www.stiftung-genshagen.de/typo3/fileadmin/Dateien/Publikationen/Genshagener_Papiere/Genshagener_Papiere_2011_05.pdf.

32 Vgl. *Le Monde*: „M. Hollande veut relancer l'Europe de la défense“, 8.3.2013.

33 Vgl. *Le Monde*: „Dégel du processus d'adhésion de la Turquie“, 14.2.2013.